



Grundlagen bilden / Tvoríme základy

Mandantenbrief/Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a ekonomiky na Slovensku

Ausgabe/vydanie: März/marec 2016 · www.roedl.com/sk

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Recht aktuell

- > Änderungen im Bereich der Geltendmachung von Wechselansprüchen

Wirtschaft aktuell

- > Anhang zum Jahresabschluss

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právo

- > Zmeny v oblasti uplatňovania nárokov zo zmienek

Ekonomika

- > Poznámky k účtovnej závierke

Verbrauchern (z.B. Eintreibung von Verzugszinsen in unverhältnismäßiger Höhe) abgezielt.

Zivilprozessordnung

Durch die Novelle der Zivilprozessordnung wird ausdrücklich die Pflicht der Gerichte eingeführt, zu prüfen, ob der geltend gemachte Wechselanspruch nicht aus einer Beziehung mit dem Verbraucher entstanden ist, und damit zusammenhängende neue Pflichten für den Beteiligten des Gerichtsverfahrens, der den Wechselanspruch geltend macht. Im Falle einer Klage, mit der ein Wechselanspruch gegenüber einem Beklagten, der eine natürliche Person ist, geltend gemacht wird, ist der Kläger neben den allgemeinen Erfordernissen verpflichtet, die entscheidenden Tatsachen bezüglich seiner Beziehung, bzw. der Beziehung seiner Rechtsvorgänger zu dem Beklagten, zu beschreiben. Der Klage ist der betreffende Wechsel, weitere zur Geltendmachung des Rechts aus dem Wechsel notwendige Urkunden und im Falle der Absicherung einer Verbindlichkeit aus einem schriftlichen Vertrag auch der betreffende Vertrag beizufügen.

Durch die Gesetzesnovelle wird auch eine widerlegbare Rechtsannahme eingeführt, dass der Wechselanspruch gegenüber dem Beklagten, der eine natürliche Person ist, im Zusammenhang mit einem Verbrauchervertrag entstanden ist (d.h. gilt als ein Anspruch aus einem Verbrauchervertrag, solange das Gegenteil nicht bewiesen wird). Bei der Geltendmachung des Wechselanspruchs im Zusammenhang mit dem Verbrauchervertrag ist das Gericht verpflichtet, einen Sonderschutz bezüglich des Klägers, der Verbraucher ist, anzuwenden, und zwar insbesondere zwecks Feststellung, ob es sich um einen unerlaubten oder ungesetzlich ausgestellten Wechsel handelt. In diesem Zusammenhang ist es notwendig anzuführen, dass gemäß dem Gesetz Nr. 250/2007 Slg. über den Verbraucherschutz, die Absicherung der Befriedigung einer Forderung oder Erfüllung einer Verbindlichkeit aus dem Verbrauchervertrag durch einen Wechsel unzulässig ist.

Eine wichtige Änderung ist die vollständige Abschaffung des Wechselzahlungsauftrags. Der Anspruch aus dem Wechsel kann also nicht mehr durch ein beschleunigtes Mahnverfahren, sondern nur durch das klassische Ge-

Recht aktuell

- > Änderungen im Bereich der Geltendmachung von Wechselansprüchen

Von **Silvia Podlipná, Adriana Petrová,**
Rödl & Partner Bratislava

Auf diesem Wege möchten wir Sie auf die Gesetzesnovellen bezüglich der Geltendmachung von Wechselansprüchen, aufmerksam machen, die am 23.12.2015 in Wirkung getreten sind. und zwar die Novelle des Gesetzes Nr. 99/1963 Slg. Zivilprozessordnung, Novelle des Wechsel- und Scheckgesetzes Nr. 191/1950 Slg. und Novelle des Gesetzes Nr. 233/1995 Slg. Vollstreckungsordnung. Die Novellen sind auf die Erhöhung des Verbraucherschutzes in Gerichtsverfahren und Verhinderung des Missbrauchs des Rechtsinstituts des Wechsels gegenüber den

richtsverfahren geltend gemacht werden. Falls die Zustellung des ausgestellten Wechselzahlungsauftrags bis zum 23.12.2015 erfolgt ist, verfährt das Gericht gemäß den ursprünglichen Vorschriften (d.h. im Mahnverfahren).

Mit der Novelle der Zivilprozessordnung wurde auch die Belehrungspflicht des Gerichts im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Erhebung von kausalen Einwendungen und Ergänzung des Grundes für die Wiederaufnahme des Verfahrens eingeführt (siehe unten).

Vollstreckungsordnung

Mit der Novelle der Vollstreckungsordnung wurden die Pflichterfordernisse des Antrags auf Durchführung der Zwangsvollstreckung bei einer Entscheidung eingeführt, mit der der Wechselanspruch gegenüber dem Verpflichteten, der eine natürliche Person ist, zuerkannt wurde. Ähnlich wie bei einem Antrag auf Einleitung eines Gerichtsverfahrens, ist der Berechtigte (d.h. Gläubiger) verpflichtet, die entscheidenden Tatsachen bezüglich seiner Beziehung, bzw. der Beziehung seiner Rechtsvorgänger zu dem Verpflichteten (d.h. Schuldner) zu beschreiben und Beweise beizufügen, die die betreffenden Tatsachen belegen. Bei der Geltendmachung des Anspruchs aus einem Wechsel, der im Widerspruch zu den Verbraucherschutzvorschriften verwendet wurde (Nichtberücksichtigung der inakzeptablen Vertragsbedingungen, Einschränkung oder Unzulässigkeit der Verwendung des Wechsels oder Widerspruch zu den guten Sitten), wird das Gericht den Antrag auf Erteilung des Auftrags an den Gerichtsvollzieher zur Durchführung der Zwangsvollstreckung abweisen, bzw. die Zwangsvollstreckung einstellen. Die Abweisung des Antrags auf Erteilung des Auftrags zur Durchführung der Zwangsvollstreckung, bzw. Einstellung der Zwangsvollstreckung aus den angeführten Gründen ist ein Grund für die Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß der Zivilprozessordnung.

Wechsel- und Scheckgesetz

Mit der Novelle des Wechsel- und Scheckgesetzes wurde die Möglichkeit der Erhebung der sog. kausalen Einwendungen im Zusammenhang mit den Verbraucherechtstreitigkeiten eingeführt. Falls dem Beklagten eine Pflicht aus dem Wechsel im Zusammenhang mit dem Verbrauchervertrag entstanden ist, ist der Beklagte berechtigt, Einwendungen bezüglich des betreffenden Schuldverhältnisses (des Falls des betreffenden Wechsels), d.h. Einwendungen bezüglich der Beziehungen zum Wechsellaussteller, bzw. den vorigen Inhabern, und zwar in jedem Fall zu erheben. Im Sinne der bisherigen rechtlichen Regelung hatte der Beklagte die Möglichkeit, kausale Einwendungen nur im Falle des bewussten Handelns des Wechselinhabers zum Nachteil des Schuldners zu erheben.

In einem Verfahren, in dem ein Wechselanspruch im Zusammenhang mit einem Verbrauchervertrag geltend gemacht oder eingetrieben wird, hat das Gericht die Pflicht, auf die begründeten Einwendungen, die der Beklagte gel-

tend machen könnte, von Amts wegen Bezug zu nehmen. Gemäß der Novelle der Zivilprozessordnung hat das Gericht bei der Zustellung des Antrags des Klägers auch eine Belehrungspflicht gegenüber dem Verbraucher als dem Beklagten über die Möglichkeit der Geltendmachung der angeführten Einwendungen.

Kontakt für weitere Informationen



Silvia Podlipná

Rechtsanwältin (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner
Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-Mail: silvia.podlipna@roedl.sk

Wirtschaft aktuell

> Anhang zum Jahresabschluss

Von Juraj Molčan, Rödl & Partner Bratislava

In der Juni-Ausgabe unseres Mandantenbriefes haben wir Sie über die Gliederung der Buchführungseinheiten nach Größenkriterien in Mikro-, kleine und große Buchführungseinheiten und über den Einfluss dieser Gliederung auf die Erstellung des Jahresabschlusses informiert. In der Zeit der Vorbereitung von Jahresabschlüssen möchten wir uns deswegen dem Anhang zum Jahresabschluss (nachfolgend „Anhang“) widmen, dem nicht immer genügend Aufmerksamkeit zukommt.

Im Sinne aktueller Verfügungen des Finanzministeriums der Slowakischen Republik, die in ihrer Anlage Nr. 1 den Inhalt des Anhangs zum Jahresabschluss festsetzen, sind wesentliche Änderungen in den Anforderungen an veröffentlichte Angaben für die einzelnen Buchführungseinheiten in Gliederung nach Größenkriterien eingetreten. Im Hinblick auf den Umfang der Unterschiede zwischen einzelnen Buchführungseinheiten in Gliederung nach Größenkriterien können in diesem Brief nicht alle Unterschiede zwischen Mikro-, kleinen und großen Buchführungseinheiten angeführt werden. Wir werden deswegen versuchen, die wesentlichen Änderungen bzw. Zugangsweise zur Erstellung des Anhangs zusammenzufassen.

In Prinzip könnte man den Bereich des Anhangs in die folgenden Sektionen aufteilen:

> Allgemeine Informationen

- > Informationen über angenommene Vorgehensweisen
- > Informationen, die die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung erklären und ergänzen
- > Informationen über andere Aktiva und andere Passiva
- > Ereignisse, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind
- > Sonstige Informationen

Aus dem Vergleich einzelner Bereiche des Anhangs bei Mikro-, kleinen und großen Buchführungseinheiten ist ersichtlich, dass es zu wesentlichsten Änderungen in der Sektion „Informationen, die die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung erklären und ergänzen“ gekommen ist. Im Falle großer Buchführungseinheiten sind die Anforderungen in dieser Sektion im Wesentlichen unverändert geblieben bzw. wurden teilweise ergänzt. Im Unterschied dazu wurden die Anforderungen an diese Sektion des Anhangs bei Mikro- und kleinen Buchführungseinheiten auf ein Minimum reduziert, wobei in der Praxis die Mehrheit der Gesellschaften nur Angaben über Verbindlichkeiten vom Gesichtspunkt der Restlaufzeit, bzw. über gesicherte Verbindlichkeiten anführen wird.

Sonstige Sektionen wurden für Mikro- und kleine Buchführungseinheiten in einigen Punkten zwar vereinfacht, die Pflicht zu ihrer Veröffentlichung besteht jedoch auch weiterhin, und zwar aus dem Grund, dass diese Informationen nicht aus der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung erlangt werden können. Nur Ereignisse, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, müssen Mikro-Buchführungseinheiten im Anhang zum Jahresabschluss nicht anführen.

Sonstige Informationen, die in den Anhang ergänzt wurden, schließen Informationen über die Erteilung des alleinigen Rechts oder Sonderrechts ein, durch welches das Recht auf Gewährung von Dienstleistungen im öffentlichen Interesse erteilt wurde und bei kleinen und großen Buchführungseinheiten auch weitere ergänzende Informationen, sofern die Tätigkeit der Buchführungseinheit in die Kategorie der Industrieproduktion gemäß einer Sondervorschrift eingeordnet ist.

Eine wesentliche Vereinfachung für Mikro- und kleine Buchführungseinheiten ist die Tatsache, dass sie nicht mehr verpflichtet sind, Transaktionen mit nahestehenden Personen, Übersicht der Änderungen des Eigenkapitals und die Kapitalflussrechnung zu veröffentlichen (gilt auch im Falle der Pflicht, den Jahresabschluss durch einen Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen).

Die gesamte Zugangsweise zum Erstellen des Anhangs orientiert sich nach der Einführung neuer legislativen Regeln mehr auf Informationen, die nicht in der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage und der Stellung der Buchführungseinheit wichtig sind. Auf den ersten Blick stellt die Mehrheit der Änderungen eine Vereinfachung für Buchführungseinheiten dar. Wir möchten Sie jedoch darauf hinweisen, dass die Vereinfachung im Teil „Informationen, die die Bilanz und die Gewinn- und Ver-

lustrechnung erklären und ergänzen“ eine noch ausführlichere Anführung von Informationen im Teil „Informationen über angenommene Vorgehensweisen“, vor allem über die Anwendung allgemeiner Buchführungsgrundsätze und -methoden, Art der Bewertung einschließlich buchmäßiger Schätzungen und Annahmen, erfordert. Im Falle aller Buchführungseinheiten gilt, dass die im Anhang angeführten Informationen nützlich, bedeutend, verständlich, vergleichbar und verlässlich sein müssen. Daraus ergibt sich, dass es auch trotz eines geringeren Angabenumfangs, beschreibend einzelne Teile der Aufstellungen, auf Grundlage der angeführten Informationen aus dem Anhang möglich sein muss, die Finanzlage und Stellung der Buchführungseinheit zu beurteilen.

Zum Schluss möchten wir anmerken, dass die Qualität des erstellten Jahresabschlusses inklusive Anhangs nebenbei auch eine gewisse Präsentation der Gesellschaft gegenüber den Aktionären oder Gesellschaftern, Geschäftspartnern und Kunden darstellt, und zwar vor allem in der Zeit des Internets, wenn Jahresabschlüsse für jeden öffentlich zugänglich sind. In entwickelten Wirtschaften gilt die Darstellung von Finanzinformationen als eine Selbstverständlichkeit und oftmals Notwendigkeit bei der Gewinnung neuer Abnehmer oder neuer Finanzierungsmöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt.

Kontakt für weitere Informationen



Juraj Molčan

Wirtschaftsprüfer, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: juraj.molcan@roedl.sk

Právo

- > Zmeny v oblasti uplatňovania nárokov zo zmieniek

Silvia Podlipná, Adriana Petrová,
Rödl & Partner Bratislava

Touto cestou by sme chceli upozorniť na novely zákonov týkajúce sa uplatňovania nárokov zo zmieniek, ktoré vstúpili do účinnosti dňa 23.12.2015, a to novela zákona č. 99/1963 Zb. Občiansky súdny poriadok, novela zákona č. 191/1950 Zb. zmenkový a šekový a novela zákona č. 233/1995 Z.z. Exekučný poriadok. Cieľom noviel je zvýšiť ochranu spotrebiteľa v súdnych konaniach a zame-

dzenie zneužívania právneho inštitútu zmeniek voči spotrebiteľom (napríklad vymáhanie úrokov z omeškania v neúmernej výške).

Občiansky súdny poriadok

Novela Občianskeho súdneho poriadku výslovne zavádza povinnosť súdov skúmať, či uplatnený nárok zo zmenky nevznikol vo vzťahu so spotrebiteľom a s tým súvisiace nové povinnosti pre účastníka súdneho konania uplatňujúceho nárok zo zmenky. V prípade žaloby, ktorou sa uplatňuje nárok zo zmenky proti žalovanému, ktorý je fyzickou osobou, je žalobca okrem všeobecných náležitostí povinný opísať rozhodujúce skutočnosti týkajúce sa jeho vzťahu, respektíve vzťahu jeho právnych predchodcov so žalovaným. K žalobe je potrebné pripojiť samotnú zmenku, ďalšie listiny potrebné na uplatnenie práva zo zmenky a v prípade zabezpečovania záväzku z písomnej zmluvy aj predmetnú zmluvu.

Novela zavádza taktiež vyrátiteľnú právnu domnienku, že nárok zo zmenky proti žalovanému, ktorý je fyzickou osobou vznikol v súvislosti so spotrebiteľskou zmluvou (t.j. považuje sa za nárok zo spotrebiteľskej zmluvy pokiaľ nie je dokázaný opak). V prípade uplatňovania nároku zo zmenky v súvislosti so spotrebiteľskou zmluvou je súd povinný uplatniť osobitnú ochranu žalovanému, ktorý je spotrebiteľom, a to najmä za účelom zistenia či ide o nedovolenú alebo nezákonne vydanú zmenku. V tejto súvislosti je potrebné uviesť, že v zmysle zákona č. 250/2007 Z.z. o ochrane spotrebiteľa, je nepripustné zabezpečenie uspokojenia pohľadávky alebo splnenie záväzku zo spotrebiteľskej zmluvy prostredníctvom zmenky.

Dôležitou zmenou je úplné zrušenie zmenkového platobného rozkazu. Nárok zo zmenky už teda nie je možné uplatniť prostredníctvom skráteného rozkazného konania, ale len prostredníctvom klasického súdneho konania. V prípade, ak došlo k doručeniu vydaného zmenkového platobného rozkazu do 23.12.2015, súd postupuje podľa predchádzajúcich predpisov (t.j. v rozkaznom konaní).

Novelou Občianskeho súdneho poriadku došlo taktiež k zavedeniu poučovacej povinnosti súdu v súvislosti s možnosťami vznesenia kauzálnych námietok a doplnenia dôvodu pre obnovu konania (viď nižšie).

Exekučný poriadok

Novelou Exekučného poriadku boli doplnené povinné náležitosti návrhu na vykonanie exekúcie v prípade rozhodnutia, ktorým sa priznal nárok zo zmenky voči povinnému, ktorý je fyzickou osobou. Obdobne ako pri návrhu na začatie konania na súde, je oprávnený (t.j. veriteľ) povinný opísať rozhodujúce skutočnosti týkajúce sa jeho vzťahu, respektíve vzťahu jeho právnych predchodcov s povinným (t.j. dlžníkom) a pripojiť dôkazy osvedčujúce predmetné skutočnosti. V prípade vymáhania nároku zo zmenky použiteľ v rozpore s predpismi na ochranu

spotrebiteľa (neprihliadnutie na neprijateľné zmluvné podmienky, obmedzenie alebo neprípustnosť použitia zmenky alebo rozpor s dobrými mravmi), súd zamietne žiadosť o udelenie poverenia exekútorovi na vykonanie exekúcie, respektíve exekúciu zastaví. Zamietnutie žiadosti o udelenie poverenia na vykonanie exekúcie, respektíve zastavenie exekúcie z uvedených dôvodov predstavuje dôvod na obnovu konania v zmysle Občianskeho súdneho poriadku.

Zmenkový a šekový zákon

Novelou zmenkového a šekového zákona bola zavedená možnosť vznesenia tzv. kauzálnych námietok v súvislosti so spotrebiteľskými spormi. V prípade ak žalovanému vznikla povinnosť zo zmenky v spojení so spotrebiteľskou zmluvou, je žalovaný oprávnený vzniesť námietky týkajúce sa samotného záväzkovo-právneho vzťahu (kauzy predmetnej zmenky), t.j. námietky týkajúce sa vzťahov k vystaviteľovi zmenky, respektíve predchádzajúcim majiteľom, a to v každom prípade. V zmysle doterajšej právnej úpravy mal žalovaný možnosť vzniesť kauzálne námietky iba v prípade vedomého konania majiteľa zmenky na škodu dlžníka.

V konaní, v ktorom sa uplatňuje alebo vymáha nárok zo zmenky v súvislosti so spotrebiteľskou zmluvou, má súd úradnú povinnosť prihliadnuť na odôvodňujúce námietky, ktoré by žalovaný mohol uplatniť. V zmysle novely Občianskeho súdneho poriadku má súd pri doručovaní návrhu žalobcu taktiež poučovaciu povinnosť voči spotrebiteľovi ako žalovanému o možnosti uplatnenia uvedených námietok.

Kontakt pre ďalšie informácie



Silvia Podlipná
advokátka (SK) v spolupráci s Rödl & Partner
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-mail: silvia.podlipna@roedl.sk

Ekonomika

> Poznámky k účtovnej závierke

Juraj Molčan, Rödl & Partner Bratislava

V júnovom vydaní nášho mandantného listu sme Vás informovali o členení účtovných jednotiek podľa veľkostných kritérií na mikro, malé a veľké účtovné jednotky

a ovplyve tento členenia na zostavenie účtovnej závierky. V čase zostavovania účtovných závierok by sme sa preto chceli zamerať na poznámky k účtovnej závierke (ďalej len „poznámky“), ktorým nie vždy je venovaná dostatočná pozornosť.

V zmysle aktuálnych Opatrení Ministerstva financií Slovenskej republiky, ktoré vo svojej prílohe č. 1 ustanovujú obsahovú náplň poznámok k účtovnej závierke, nastali zásadné zmeny v požiadavkách na zverejňované údaje pre jednotlivé účtovné jednotky v členení podľa veľkostných kritérií. Vzhľadom na rozsah odlišností medzi jednotlivými účtovnými jednotkami v členení podľa veľkostných kritérií nie je možné v tomto liste uviesť všetky rozdiely medzi mikro, malými a veľkými účtovnými jednotkami. Pokúsime sa preto zhrnúť zásadné zmeny resp. prístup k zostaveniu Poznámok.

V princípe by sa dali oblasti poznámok rozdeliť do nasledovných oblastí:

- > Všeobecné informácie
- > Informácie o prijatých postupoch
- > Informácie, ktoré vysvetľujú a dopĺňajú súvahu a výkaz ziskov a strát
- > Informácie o iných aktívach a iných pasívach
- > Udalosti, ktoré nastali po dni, ku ktorému sa zostavuje účtovná závierka
- > Ostatné informácie

Z porovnania jednotlivých oblastí poznámok mikro, malých a veľkých účtovných jednotiek je zrejmé, že najvýznamnejšie zmeny nastali v oblasti „Informácie, ktoré vysvetľujú a dopĺňajú súvahu a výkaz ziskov a strát“. V prípade veľkých účtovných jednotiek zostali požiadavky v tejto oblasti v podstate nezmienené resp. čiastočne boli doplnené. Naopak pri mikro a malých účtovných jednotkách sa požiadavky na túto časť poznámok znížili na minimum s tým, že v praxi bude väčšina spoločností uvádzať iba údaje o záväzkoch z hľadiska doby splatnosti, prípadne zabezpečených záväzkoch.

Ostatné oblasti boli síce pre mikro a malé účtovné jednotky v niektorých bodoch zjednodušené, ale naďalej zostáva povinnosť ich zverejňovania z dôvodu, že tieto informácie nie je možné zistiť zo súvahy alebo výkazu ziskov a strát. Jedine udalosti, ktoré nastali po dni, ku ktorému sa zostavuje účtovná závierka, nemajú mikro účtovné jednotky povinnosť uvádzať v poznámkach.

Ostatné informácie, ktoré boli do poznámok doplnené, zahŕňajú informácie o udelení výlučného práva alebo osobitného práva, ktorým sa udelilo právo poskytovať služby vo verejnom záujme a pri malých a veľkých účtovných jednotkách aj ďalšie doplňujúce informácie, pokiaľ je činnosť účtovnej jednotky zaradená do kategórie priemyselnej výroby podľa osobitného predpisu.

Zásadným zjednodušením pre mikro a malé účtovné jednotky je skutočnosť, že už nemajú povinnosť zverejňovať transakcie so spriaznenými osobami, prehľad zmien vlastného imania a prehľad peňažných tokov (platí aj v prípade povinnosti nechať si overiť účtovnú závierku auditorom).

Celkový prístup k zostaveniu poznámok sa po zavedení nových legislatívnych pravidiel zameriava viac na informácie, ktoré nie sú vykazované v súvahe alebo výkaze ziskov a strát, ale sú dôležité na posúdenie finančnej situácie a postavenia účtovnej jednotky. Na prvý pohľad je väčšina zmien zjednodušením pre účtovné jednotky. Upozorňujeme Vás však na to, že zjednodušenie v časti „Informácie, ktoré vysvetľujú a dopĺňajú súvahu a výkaz ziskov a strát“ si vyžaduje o to podrobnejšie uvedenie informácií v časti „Informácie o prijatých postupoch“, najmä o aplikácii účtovných zásad a metód, spôsobe ocenenia vrátane účtovných odhadov a predpokladov. V prípade všetkých účtovných jednotiek platí, že informácie uvedené v poznámkach musia byť užitočné, významné, zrozumiteľné, porovnateľné a spoľahlivé. Z toho vyplýva, že aj napriek menšiemu objemu údajov popisujúcich jednotlivé časti výkazov, musí byť na základe uvedených informácií z poznámok možné posúdiť finančnú situáciu a postavenie účtovnej jednotky.

Záverom by sme chceli poznamenať, že kvalita zostavenej účtovnej závierky vrátane poznámok je okrem iného aj určitou prezentáciou spoločnosti voči akcionárom alebo spoločníkom, obchodným partnerom a zákazníkom, najmä v dobe internetu, kedy sú účtovné závierky verejne dostupné takpovediac každému. Vo vyspelých ekonomikách je prezentácia finančných informácií považovaná za samozrejmosť a častokrát za nevyhnutnosť pri získavaní nových odberateľov alebo nových možností financovania na kapitálovom trhu.

Kontakt pre ďalšie informácie



Juraj Molčan

Audítor, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: juraj.molcan@roedl.sk

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímového ducha. Znážorňujú rast z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (sila, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona - predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum

Mandantenbrief, Ausgabe März 2016
Mandantný list, vydanie marec 2016

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava
Lazaretská 8, 811 08 Bratislava
Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/ Zodpovedný za obsah:

Bereich Recht/Oblasť Právo

JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.sk

Bereich Steuern/Oblasť Dane

Peter Alföldi – peter.alfoldi@roedl.sk

Bereich Wirtschaft/Oblasť Ekonomika

Mikuláš Ivaško – mikulas.ivasko@roedl.sk

Layout/Satz:

Rödl & Partner
Angelika Gál – angelika.gal@roedl.sk

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitatelia urobia na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívateľia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete sťahovať, tlačiť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozmnožovanie, rozširovanie alebo verejné prezentovanie tohto obsahu alebo jeho častí, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.